



Dem Druck von rechts standhalten!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

Hintergrund

- Lithium aus Serbien – 2 –
- Öffis statt Panzer! – 3 –
- Neoliberale unter Druck – 4 –
- Das Anti-NGO-Narrativ – 5 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –
- In eigener Sache
- Attac braucht Hilfe – 8 –
- Aktiv
- »China und wir«-Konferenz – 9 –
- Attac und Social Media – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –
- Kiosk
- Attac-Basistext 64 – 11 –

Ende Oktober wurden auf dem Attac-Herbstratschlag, unserer »Jahreshauptversammlung«, beschlossen: Wir werden die Kampagne »RohstoffEnergieHunger stoppen!« fortführen. Es gilt, sich dem weltweiten Rollback zugunsten der Öl- und Gasindustrie in den Weg zu stellen. Es befeuert den Klimakollaps, angeführt von Trump bis hin zur deutschen Wirtschaftsministerin Reiche, die den Ausbau erneuerbarer Energien aufhalten will. Von offizieller Seite ist wenig dagegen zu erwarten, wie die Weltklimakonferenz COP30 gezeigt hat. Aber wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie der Planet weiter zugrunde geht. Um dagegen Bewegung von unten aufzubauen, braucht es Aktivist*innen – und es braucht Geld.

Der Herbstratschlag hat auch beschlossen: Wir werden bei »Tax the Rich« nicht nachlassen und weiter für die angemessene Besteuerung Reicher kämpfen. Denn wir können uns die schreiende soziale Ungleichheit und die wachsende öffentliche Armut (Stichwort »Stadtbild«) nicht länger leisten. Beides ist

Zündstoff für autoritäre Lösungen. Die Unzufriedenheit vieler Menschen treibt sie rechten Heilsversprecher*innen in die Arme.

Attac versteht sich als Teil der Zivilgesellschaft, die demokratische Freiheit gegen den aufkommenden Faschismus verteidigt. Für unsere Veranstaltung »Den Abstieg ins Autoritäre stoppen!« im Sommer in der Frankfurter Paulskirche haben wir viel Zuspruch erhalten. Aber der Trend ist nicht gebrochen. Der Blick in die USA, wo Trump sogar angekündigt hat, Antifaschismus zu verbieten, zeichnet unsere Zukunft vor, denn wir können bei uns beobachten, wie ähnliche Wege eingeschlagen werden (siehe Artikel Seite 4). Doch ausgerechnet in dieser Situation steht es um die Finanzen von Attac dramatisch schlecht. Als wir im Frühjahr den Angriffen von Springer und Union ausgesetzt waren, war der Zuspruch groß. Wenn nur ein Bruchteil dieser Menschen sich entscheiden würde, Attac mit einem kleinen Betrag regelmäßig zu unterstützen, wäre uns sehr geholfen.

Denn Attac hat Ideen, Attac hat Aktivist*innen, Attac hat eine starke Stimme in der Öffentlichkeit. Das alles wollen wir nutzen. Aber dafür braucht es auch finanzielle Mittel. Nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit konnten wir dem Druck von rechts lange standhalten. Aber nun wird es eng (siehe Artikel auf Seite 8).

Es ist nicht verwunderlich, dass es Leuten schwer fällt, regelmäßig zu spenden, sei es wegen der persönlichen finanziellen Situation oder aus einem Gefühl der Ausweglosigkeit heraus. Aber es wäre toll, wenn ihr als Leser*in euch heute entscheidet, uns regelmäßig mit einem kleinen Beitrag zu unterstützen oder, wenn ihr das schon tut, Freund*innen gewinnt, die es euch gleichtun. Wenn das nur jeder oder jedem siebten Leser*in dieses Rundbriefs gelingen würde, stünde Attac wieder auf sicherem finanziellem Boden. Es braucht eine starke Zivilgesellschaft für den Kampf um Klimagerechtigkeit und als Bollwerk gegen Autoritarismus. Attac ist Teil davon – und wir wollen es bleiben!

Der Rohstoffhunger der EU

Lithium aus Serbien – Raubbau für unbegrenzte Mobilität

Auf die Gegenaktivitäten zur Internationalen Automobilausstellung IAA im September in München hatte Attac die Klimaaktivistin Jovana S. aus Belgrad eingeladen, um im Mobiwende-Camp und auf der Demonstration zu sprechen. Im Anschluss haben wir mit ihr über den geplanten Lithiumabbau in Serbien gesprochen.

Jovana, du hast die lange Reise aus Serbien auf dich genommen. Was führt dich her?

Jovana: Ich komme vom Netzwerk »Mars sa Drina«. Wir führen im Jadartal im Westen Serbiens zusammen mit den ansässigen Bauern einen Kampf gegen den geplanten Abbau von Lithium. Das Jadartal ist eine fruchtbare landwirtschaftliche Gegend mit rund 20.000 Einwohnern in 22 Dörfern. Dort will der Bergbaukonzern Rio Tinto auf mehr als 2000 Hektar Land in großem Stil Lithium abbauen, das für Batterien für den Ausbau von Elektromobilität gebraucht wird.

Was befürchtet ihr?

Die geplante Mine wird verheerende Auswirkungen auf den gesamten Lebensraum haben. Viele Bauernhöfe müssen aufgegeben werden, Menschen müssen ihre Heimat verlassen. Die gewaltigen Mengen Abwasser verunreinigen die Böden und verseuchen das Wasser. Nach Probebohrungen wurden wesentlich erhöhte Bor-, Lithium- und Arsenwerte im Flusslauf unterhalb der geplanten Abbaustätte festgestellt. In diesem Bereich befindet sich auch einer der größten Wasserspeicher Serbiens. Ein größeres Leck könnte die Wasserversorgung von 2,5 Millionen Menschen gefährden.

Wie haben sich die Proteste entwickelt?

Rio Tinto hat schon 2020, lange vor Veröffentlichung der eigentlich notwendigen Studie über die Risiken des Lithiumabbaus im Jadartal, mit dem aggressiven Aufkauf von Häusern im Tal begonnen. Ab Ende 2021 gab es dann Massenproteste gegen das Projekt. Anfang 2022 waren landesweit 200 000 Menschen auf der Straße, der bislang größte Umweltprotest in Serbien überhaupt. Über 500 000 Menschen haben Petitionen unterschrieben. Die Regierung sah sich daraufhin 2022 gezwungen, die Abbauerlaubnis zu widerrufen. Im Juli



Foto: attac.de

2024 erklärte das oberste Gericht Serbiens den Widerruf für rechtswidrig – also wieder grünes Licht für das Projekt. Eine Gesetzesinitiative zum Verbot von Lithiumabbau wurde vom serbischen Parlament im Oktober 2024 abgelehnt. Aber die Proteste gehen weiter. Wir sind sicher, dass wir gewinnen werden.

Was hat Deutschland damit zu tun?

Die EU hat großes Interesse an der Sicherung von kritischen Rohstoffen, wie sie im Critical Raw Materials Act von 2023 der EU festgeschrieben ist. Dazu gehört auch Lithium. Gleich nach dem Urteilsspruch reiste der damalige Bundeskanzler Scholz im Juli 2024 nach Belgrad und unterzeichnete mit Präsident Aleksandar Vucic und dem stellvertretenden EU-Kommissionspräsidenten Maros Sefcovic ein Abkommen über eine strategische Partnerschaft zu »nachhaltigen Rohstoffen, Batteriewertschöpfungsketten und Elektrofahrzeugen«. Dabei anwesend waren auch

Vertreter von Rio Tinto, Mercedes Benz und Stellantis.

Zu dem Abkommen gab es eine Anfrage der Linksfraktion im deutschen Bundestag. In der Antwort des Wirtschaftsministeriums – damals noch unter Minister Habeck – heißt es: »Die Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften in Serbien obliegt der serbischen Regierung [...]. Die Bundesregierung wird bei der Sicherstellung der genannten Standards unterstützen – sofern von der serbischen Regierung darum gebeten«. Was hältst du davon?

Das ist ein Freibrief für Umweltzerstörung. Die serbische Regierung wird sich niemals bei der Einhaltung von Standards in die Karten gucken lassen. Das weiß die deutsche Regierung auch. Die Massenproteste gegen die Korruption im serbischen Staatsapparat sind auch bis Berlin durchgedrungen. Insofern ist die Sorge um ökologische Standards nichts als Heuchelei. Die EU und Deutschland wollen Lithium um jeden Preis.

Was können wir zu eurer Unterstützung tun?

Unsere Proteste werden von der Regierung massiv kriminalisiert. Deshalb hilft uns jede Öffentlichkeit, und ich bin froh, hier mit euch sprechen zu können. Verbreitet unsere Forderungen, macht die Menschen mit unserem Protest bekannt, wo ihr nur könnt!

Eine letzte Frage. Seid ihr gegen Dekarbonisierung, gegen den Umstieg auf Elektromobilität?

Nein, überhaupt nicht. Wir sehen auch, dass es ein Aus für Verbrennermotoren geben muss. Aber es darf kein Eins-zu-eins-Austausch hin zu Elektroautos geben. Eine ökologisch tragfähige und sozial gerechte Mobilitätswende muss die Zahl der Autos insgesamt verringern, und die Autos müssen kleiner und leichter werden. Dann können da auch umweltschonende Natrium-Batterien eingebaut werden und es müssen nicht weiter Lebensräume für die Gewinnung von Lithium zerstört werden.

Das Interview führte **Achim Heier**, Koordinator der Attac-Bildungsaktivitäten bei der IAA 2025.

Für eine klimagerechte Konversion im Osnabrücker VW-Werk

Öffis statt Panzer!



Foto: Roland Hägele

»Öffis statt Panzer – Jobs nicht auf Krieg bauen!« stand auf einem Transparent, aufgehängt von Aktivist*innen im Juni vor dem VW-Werk in Osnabrück. Hintergrund ist eine Auseinandersetzung um die Zukunft von Werk und Belegschaft. Bis jetzt produzieren dort 2300 Beschäftigte noch weitgehend Autos. Im Rahmen ihres »Sanierungsprogramms« will VW das Werk 2027 aufgeben. Was dann?

Rheinmetall-Chef Armin Papperger hat schnell Interesse bekundet, das Werk zu übernehmen. Rheinmetall ist der größte Rüstungskonzern Deutschlands und ist mit dem »Sondervermögen Bundeswehr« im Rücken gerade auf Einkaufstour für neue Standorte für die steigende Rüstungsproduktion.

Dagegen gibt es eine Initiative, getragen von Robin Wood, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und anderen, den Standort künftig für die Produktion von elektrisch angetriebenen Minibussen umzurüsten. Damit hat der Standort auch schon Erfahrung: VW Osnabrück hat für das Ridepooling-Projekt MOIA in Hamburg schon mehrere hundert Kleinbusse auf Basis des VW Crafters hergestellt. Ridepooling steht für einen Fahrservice für Personen mit unterschiedlichen Ein- und Ausstiegspunkten, die KI-gesteuert berechnet und angefahren werden.

Abgesehen davon, dass eine ungezügelter Aufrüstung keine Option zur Friedenssicherung sein kann, stellen elektrobetriebene Minibusse mit

flexiblen Fahrzeiten und Routen eine zu füllende Lücke in der Kombination verschiedenster Verkehrsmittel für eine teilnahmegerechte Mobilitätswende dar. Die zuverlässige Verbindung von städtischen Zentren und Umlandgemeinden mit öffentlichem Nah- und Regionalverkehr ist ein zentraler Punkt einer sozialen und ökologischen Mobilitätswende. Hier sind Bedienungslücken zu schließen oder – wo sie überhaupt fahren – unrentable Großbusse zu ersetzen. Der gesellschaftliche Bedarf ist also da. Das VW-Werk Osnabrück könnte ihn mit seinen Erfahrungen künftig decken, die Städte und das Land um Millionen Fahrzeuge entlasten und eine Perspektive für die Beschäftigten bieten.

Das muss aber politisch gewollt sein. Erfahrungen zeigen, dass es nichts nützt, bei der Konversion von Industrieprodukten sinnvolle Vorschläge zu machen, wenn kein absehbarer Bedarf in Sicht ist.

Für Rüstungsgüter war der Staat schon immer ein verlässlicher Abnehmer. Für Kriegsproduktion konnte auch immer in kürzester Zeit zivile Produktion in Rüstungsproduktion umgewandelt werden. Das nur, weil uns immer entgegen gehalten wird, das sei nicht so einfach und brauche Zeit. Durch das Sondervermögen wird der Staat ein noch verlässlicherer Abnehmer. Dagegen sollten wir ein Sondervermögen Klimagerechte Mobilität durchsetzen, um Druck für sinnvolle Produkte wie Elektromi-

nibusse und Bahnen aufzubauen. Mit einem solchen Sondervermögen Mobilität könnten Länder und Kommunen ihr Netz optimieren, statt wie aktuell wegen gestiegener Kosten und ausbleibender staatlicher Förderung ihr Angebot einschränken zu müssen. Es gilt also, durch politischen Druck die Nachfrageseite nach Fahrzeugen wie denen aus Osnabrück zu stärken.

Wie sieht es vor Ort aus? Nach der Banneraktion haben Aktivist*innen ein »Zukunftswerk« ins Leben gerufen, wo in regelmäßigen Treffen die Ideen weiterentwickelt werden – unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure aus der »Friedensstadt Osnabrück«. Eingeladen sind auch die Beschäftigten von VW und die IG Metall.

Die Belegschaft steht natürlich massiv unter Druck, droht doch Arbeitslosigkeit. Eine Perspektive in der Rüstungsindustrie wird manchen Beschäftigten sicherer erscheinen, als sich auf neue, unsichere Ideen einzulassen. Transformationsängste sind daher ganz natürlich. Umso dringender, Druck für eine ausfinanzierte Mobilitätswende aufzubauen, in der Beschäftigte aus der Autoindustrie eine Perspektive für den abgesicherten Bau von Bahnen und Busse sehen können.

Das »Stadtbild« von zunehmend größeren Sprintschluckern zu bereinigen, ist eine wichtige Stellschraube im Kampf gegen die – weltweit immer noch steigende – CO₂-Belastung und für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür treten wir als Attac ein. Die Auseinandersetzung um VW Osnabrück ist richtungsweisend für die notwendige Konversion der Rüstung. Deshalb unterstützen wir das Projekt.

Sie ist auch richtungsweisend für den Umgang mit Krieg und Frieden. Es kann nicht sein, dass sich die Rüstungsindustrie immer mehr Produktionskapazitäten schafft, ohne dass es eine breite gesellschaftliche Debatte darüber gibt, wie Sicherheit gegen imperiale Gelüste von Großmächten – ob in Ost oder West – hergestellt werden kann. Wenn sich eine Politik durchsetzt, die auf Verhandlungen und Abrüstung statt maßloser Aufrüstung setzt, ist Rheinmetall auch kein sicherer Arbeitgeber mehr.

Achim Heier ist Mitglied im Attac-Rat und aktiv in der Attac-Projektgruppe [einfach.umsteigen](https://einfach.umsteigen.de)

Mehr: orte-der-aufruestung.de

Neoliberale unter Druck

Die Versuchung des Autoritären

Bereits als dieser Rundbrief vor einigen Wochen geplant wurde, schauten viele Deutsche mit Entsetzen über den Atlantik in die Vereinigten Staaten: Angestellte der ICE-Behörden marodierten durch Städte und verhafteten Menschen von der Straße weg, am Arbeitsplatz und aus Familien. Wo es zu Protesten kam, schickte Präsident Trump teilweise und gegen den Willen von Gouverneuren die Nationalgarde. In diesem Klima wurde Charlie Kirk erschossen, der Gründer einer Massenbewegung überwiegend jugendlicher Menschen, die sich für die MAGA-Bewegung von Donald Trump einsetzen. Das war der bislang passendste Moment, um es mit der Angst zu tun zu bekommen: Würde Trump diese Ermordung zum Anlass nehmen, noch radikaler gegen Oppositionelle vorzugehen, den Ausnahmezustand ausrufen und die USA endgültig in einen Bürgerkrieg stürzen?

Erschreckend in diesem Zusammenhang war es auf der anderen Seite auch, sich die Reaktionen von manchen Unionspolitikern auf die Ermordung von Charlie Kirk anzusehen. So lobte Manuel Ostermann, Mitglied der Fachkommission Sicherheit der CDU und prominentes Mitglied der zweitgrößten deutschen Polizeigewerkschaft Kirks »Einsatz für Meinungsfreiheit, für Demokratie und Menschlichkeit« – und verleugnete somit Kirks zahlreiche Hassreden, seinen glühenden Einsatz für Trumps profaschistische MAGA-Bewegung, seine Rolle im antidemokratischen Sturm auf das Kapitol im Januar 2021 und ja, seinen grundlegenden Mangel an Menschlichkeit, wo es um gesellschaftliche Minderheiten geht.

Ostermann und andere, die sich sofort nach Kirks Ermordung in ähnlicher Weise zu seinem Wirken äußerten, schwimmen mit auf der Welle, in der es als schick im politischen Diskurs gilt, die Wahrheit mindestens bis zur Unkenntlichkeit zu biegen. Das alles folgt bewusst oder unbewusst dem strategischen Rat von Donald Trumps rechtsradikalem Einflüsterer Steve Bannon: »Flood the zone with shit.«

Von Woche zu Woche erleben wir inzwischen Halbwahrheiten, Lügen, politische Scheindebatten. Oftmals sind sie rassistisch aufgeladen wie die Merz'sche These vom »Problem mit dem Stadtbild«, das sich durch Abschiebungen lösen lasse. Oder es wird von der angeblichen Möglichkeit fantasiert, hundert-



Foto: Stephanie Handtmann

tausende von syrischen Geflüchteten in ein zerbombtes und bis heute alles andere als sicheres Herkunftsland abzuschieben. Oder es werden Reden geschwungen über angebliche Milliarden, die sich durch drakonische Sanktionen für angeblich arbeitsunwillige Bürgergeldempfänger*innen einsparen ließen. Dabei gibt es dringende Probleme, die auf der Hand liegen und bearbeitet werden müssten: Die Infrastruktur in Deutschland ist in einem teilweise erbärmlichen Zustand, es fehlt nahezu überall an bezahlbarem Wohnraum, die soziale Ungleichheit steigt von Jahr zu Jahr und gefährdet letztendlich die Demokratie. Und die Klimakrise steuert rasant auf eine Eskalation zu – hin zum globalen Super-GAU mit Temperaturanstiegen von über 5 Grad.

Weshalb müssen wir uns also ständig mit »shit« beschäftigen? Woher kommt die Häufung an Scheindebatten, an Ablenkungen von manifesten Problemen, die politisch zu bearbeiten wären, und die Überhandnahme von Unwahrheiten im öffentlichen Diskurs?

Eine Ursache hierfür ist auch im Scheitern des Neoliberalismus zu suchen: Die Mantras, die Politiker*innen der sogenannten »Mitte« seit Jahrzehnten für und vor sich hergebetet haben, funktionieren nicht mehr. Es braucht mächtige

Interventionen des Staats für eine klimagerechte Transformation der Wirtschaft und für eine Umverteilung von oben nach unten, die Millionen von jungen Menschen den Glauben an eine positive Zukunft zurückgeben kann.

Dies zu akzeptieren würde viele Politiker*innen vor einen persönlichen Abgrund stellen. Sie müssten lernen, sich einzugestehen, dass es eine Abkehr von bisherigen Glaubenssätzen und Mut zur tatsächlichen Veränderung braucht. Dabei gibt es wenigstens einige Politikfelder, in denen dies sofort machbar wäre, weil es deutliche gesellschaftliche Mehrheiten dafür gibt: Schon morgen ließe sich ein Tempolimit auf allen deutschen Straßen einführen, schon in kurzer Zeit könnte mit breitem Rückenwind aus der Bevölkerung eine gerechte Besteuerung von ererbtem Vermögen erwirkt werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Es gilt jetzt, die politischen Parteien daran zu erinnern, dass es solche Maßnahmen sind, die für ihre Wiederwahl entscheidend sind – bevor sie sich völlig der Versuchung des Autoritarismus hingeben, dem Halbwahrheiten, Lügen und Scheindebatten den Boden bereiten.

Judith Amler ist Mitglied im Attac-Koordinierungskreis.

Zivilgesellschaft

Das Anti-NGO-Narrativ



Foto: attac.de

Die politische Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen (ZGO) gerät zunehmend in den Fokus öffentlicher Kritik. Insbesondere von rechten Kritiker*innen wird ihnen vorgeworfen, unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit parteipolitisch Einfluss zu nehmen – vielfach angeblich finanziert durch staatliche Fördermittel.

Dieses Narrativ zielt auf eine systematische Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Teilhabe. Die demokratische Funktion von Protest, Kritik und Interessenvertretung jenseits parteipolitischer Logik wird (absichtlich) übersehen.

Es gibt nicht »die NGOs« oder »die Zivilgesellschaft«

Allein in Deutschland existieren Hunderttausende Organisationen – von kleinen ehrenamtlichen Initiativen bis hin zu professionalisierten Verbänden. Pauschale Vorwürfe übersehen diese Vielfalt und fokussieren oft auf Gruppen mit menschenrechtlicher, antirassistischer oder feministischer Agenda.

1. Vorwurf: ZGO machen linke Politik

Faktencheck: Zivilgesellschaft ist vielfältig

Es gibt ZGO, die linke Positionen vertreten, es gibt aber auch welche, die liberale oder konservative Positionen einnehmen. Auch rechtsextreme Vereine und Stiftungen existieren. Die Zivilgesellschaft ist ein Abbild der Gesellschaft.

2. Vorwurf: ZGO haben zu viel Einfluss, obwohl sie nicht gewählt sind

Faktencheck: ZGO können nur sehr begrenzt Einfluss nehmen.

Sie verfügen über keine gesetzgeberischen Befugnisse, sondern bringen Wissen, Kritik und öffentliche Aufmerksamkeit in politische Prozesse ein. Die zivilgesellschaftliche Landschaft ist äußerst vielfältig: 2025 existierten in Deutschland 662.789 zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Vergleich zu Wirtschaftslobbys sind ZGO strukturell deutlich schwächer ausgestattet und haben geringeren Zugang zu Entscheidungsträger*innen.

3. Vorwurf: ZGO verfolgen Profitinteressen, bereichern sich selbst und erhalten übermäßig viel staatliche Förderung

Faktencheck: Prekäre Arbeitsbedingungen treffen auf breiten Finanzierungsmix

Nur wenige Beschäftigte arbeiten hauptamtlich, Verträge sind meistens befristet, und die Gehälter liegen in der Regel deutlich unter denen in der Privatwirtschaft. Bei den Finanzen machen Mitgliedsbeiträge, private Spenden und selbst erwirtschaftete Mittel den größten Anteil aus. Öffentliche Förderungen spielen eine untergeordnete Rolle.

4. Vorwurf: Die Förderung von ZGO ist intransparent und verschwendet Steuergeld

Faktencheck: Es gibt zahlreiche Transparenz- und Kontrollmechanismen

Eine einheitliche Offenlegungspflicht existiert nicht, aber viele ZGO veröffentlichen Jahres- und Finanzberichte. Die Gemeinnützigkeit kommt mit einer hohen Nachweispflicht einher, und die Richtlinien öffentlicher Förderungen sind häufig sehr umfangreich. In der »Initiative transparente Zivilgesellschaft« haben sich über 2000 Organisationen – darunter Attac – selbst verpflichtet, regelmäßig mehr als zehn Kriterien offenzulegen.

5. Vorwurf: ZGO bedrohen durch »Cancel Culture« und »Zensur« die Meinungsfreiheit

Faktencheck: Kritik an diskriminierenden Positionen ist keine Zensur, sondern selbst Ausübung von Meinungsfreiheit

ZGO können weder rechtlich noch institutionell jemanden zum Schweigen bringen. Wer ZGO »Zensur« vorwirft, ignoriert die juristische Definition des Begriffs. ZGO stellen Öffentlichkeit her, benennen Missstände, solidarisieren sich mit Betroffenen – und verteidigen damit demokratische Diskursräume. Ihre Interventionen sind nicht Ausdruck autoritärer Macht, sondern zivilgesellschaftliche Gegenrede in einer polarisierten Öffentlichkeit.

Fazit

Die Kritik am zivilgesellschaftlichen Sektor folgt der Logik: Was unbequem ist, muss diskreditiert werden – durch Pauschalisierung, selektive Empörung, Skandalisierung und Überspitzung. Die Analyse zeigt jedoch: Das Anti-NGO-Narrativ operiert mit empirisch kaum haltbaren Thesen, strategischen Verkürzungen und Ignoranz gegenüber Forschungs- und Verfassungslage.

Was bleibt, ist der Versuch einer politischen Delegitimierung. Doch die Zivilgesellschaft ist kein homogenes Machtkartell, sondern ein komplexes Geflecht pluraler Interessen, das in der Demokratie nicht das Problem ist, sondern – in aller Ambivalenz – Teil ihrer Lösung.

Dr. Siri Hummel ist Direktorin des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Ihr Artikel beruht auf dem Arbeitspapier »Das Anti-NGO-Narrativ: Wie versucht wird, die Zivilgesellschaft zu delegitimieren«, das sie im September gemeinsam mit **Dr. Peter Schubert** (Zivilgesellschaft in Zahlen) veröffentlicht hat: link-attac.de/anti-ngo-narrativ-maecenata



Der »Autosaurus« geht im Messeseesee vor der IAA Conference in München unter, Foto: Frank Heller / attac.de



Adbusting-Aktion im Münchener Stadtgebiet anlässlich der IAA, Foto: Frank Heller / attac.de

Rückblick

28. August 2025

Gemeinnützigkeit: Finanzministerium muss Attac Akteneinsicht gewähren

Mehr als zehn Jahre nach der Aberkennung der Gemeinnützigkeit hat Attac den Rechtsstreit um Transparenz in dem Verfahren in letzter Instanz weitestgehend gewonnen: Das Bundesverwaltungsgericht hat die Revision gegen das für Attac günstige Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom April 2024 zurückgewiesen. Damit steht endgültig fest: Das Bundesfinanzministerium muss Attac weitere Dokumente übergeben, in denen es um den »Fall Attac« geht. Besonders interessant unter den Dokumenten, in die das Bundesfinanzministerium Attac nun Einblick gewähren muss, sind sogenannte Sprechzettel, die darüber Aufschluss geben, wie Vertreter*innen des Ministeriums die Bundestagsabgeordneten etwa im Haushaltsausschuss über den Fall Attac informierten. Auch der Protokollentwurf einer Sitzung des Bundestags-Haushaltsausschusses, in der der »Fall Attac« besprochen wurde, muss herausgegeben werden.

3. September 2025

EU-Mercosur: Attac kritisiert Umgehung der Parlamente

Die EU-Kommission hat die Texte für das EU-Mercosur-Abkommen veröffentlicht und dabei den Abstimmungsmodus nachträglich geändert. Anstelle eines einstimmigen Beschlusses sollen die Regierungen den Wirtschaftsteil nun durch vorläufige Anwendung mit qualifizierter Mehrheit in Kraft setzen. Das Nein einzelner Staaten wird damit de facto außer Kraft gesetzt. Die Kommission will das Mercosur-Abkommen demnach mit einem Verfahrenstrick durchboxen – trotz massiver

Widerstände angesichts seiner negativen ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Folgen. Dies ist ein gravierender und undemokratischer Eingriff in die Spielregeln der europäischen Demokratie. Attac fordert die Bundesregierung auf, im Rat gegen diesen Trick aktiv zu werden und ein Rechtsgutachten des Europäischen Gerichtshofs einzuholen.

9. – 10. September 2025

IAA-Proteste: Das Auto ist das Problem!

Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Automobil-Ausstellung haben Attac-Aktivist*innen unter dem Motto »Das Auto ist das Problem: Kleiner, weniger, langsamer ist angesagt!« vor der Messe München protestiert. Dabei ging ein »Autosaurus« im Messeseesee baden. Er steht symbolisch für eine nicht mehr zeitgemäße Autoindustrie, die nicht zu retten ist und letztlich untergehen wird. Deutschland verfehlt Jahr für Jahr die Klimaziele im Verkehrssektor, die Regierung Merz treibt den fossilen Rückschritt voran und bremst die Verkehrswende aus. Die Autoindustrie lässt sich auf der IAA feiern, doch freiwillig wird sie sich nicht verändern. Mit einer Adbusting-Aktion protestierten Attac-Aktive zudem gegen den überbordenden Ressourcen hunger der Autokonzerne und den damit verbundenen Kurs in die Klimakatastrophe. Nachts brachten sie Werbeplakate mit dem verfremdeten Slogan-Klassiker »Er säuft und säuft und säuft« in zahlreichen Schaukästen im Münchner Stadtgebiet an, auf denen die Erde in einen großen SUV getankt wird. Für Profite, das unterstreicht das Bild, zerstört die Autoindustrie rücksichtslos unsere Lebensgrundlagen. Die Lobbypolitik der Autobauer und ihrer Verbündeten im Verkehrsministerium sorgt dafür, dass weiterhin Menschen und Natur unter die Räder dieser zerstörerischen Industrie geraten.

16. September 2025

Internationale Kampagne: Stoppt giftigen Handel!

Mehr als 50 Organisationen und soziale Bewegungen aus 17 Ländern Lateinamerikas und der Europäischen Union – darunter Attac – starten eine Kampagne, die ein Ende der Handelsabkommen zwischen beiden Regionen fordert. Anlass der Kampagne ist die jüngste Ankündigung der Europäischen Kommission, die Ratifizierung zweier zentraler Handelsabkommen voranzutreiben: das erweiterte Abkommen zwischen der EU und Mexiko sowie das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur. In diesem Jahr jährt sich zudem das Inkrafttreten des ersten Handelsabkommens zwischen der EU und einem Land Lateinamerikas (Mexiko) zum 25. Mal. Ziel der Kampagne ist es, die durch diese Abkommen verursachte Umweltzerstörung, soziale Ungerechtigkeiten, Gesundheitsrisiken und wachsende Ungleichheiten sichtbar zu machen und eine klare Botschaft an die politischen Entscheidungsträger*innen zu senden: Keine giftigen Handelsabkommen mehr!

8. Oktober 2025

Überreiche gerecht besteuern

Die neue Reichenliste des »Manager Magazins« zeigt: Während die Wirtschaft stagniert, wächst die Zahl der Milliardär*innen in Deutschland weiter. Gleichzeitig geraten die Infrastruktur sowie das Bildungs- und Gesundheitssystem infolge fehlender Investitionen und knapper Kassen zunehmend unter Druck. Die Lage vieler Kommunen spitzt sich weiter zu, der Klimaschutz stockt und bei der Entwicklungszusammenarbeit sowie der humanitären Hilfe werden die Mittel radikal gekürzt. Weitere drohende Einsparungen würden die Krise zusätzlich verschärfen. Attac fordert in einem breiten Zusammenschluss aus Verbänden und Organisationen, der mehr als zehn Millionen Menschen



Internationaler Klimastreik in Berlin während der Verhandlungen der Weltklimakonferenz in Brasilien, Foto: Hela Reimund / attac.de



Protest gegen Energiekolonialismus bei dem deutschen Energieunternehmen Enertrag, Foto: Olga Blackbird / attac.de

vertritt, eine gerechte Besteuerung der Überreichen. Nur so leisten die Reichsten endlich ihren fairen Beitrag. Eine angemessene Besteuerung großer Vermögen ist notwendig, um den Sozialstaat, den Klimaschutz und die internationale Verantwortung nachhaltig zu sichern – und sie stärkt zugleich den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Oktober 2025

Grüner Wasserstoff – Kolonialismus 2.0?

Attac kritisiert den enormen Ressourcenhunger Deutschlands und Europas nach dem begehrten Rohstoff Wasserstoff. Dieser soll die grüne Energiewende in den reichen Ländern des Globalen Nordens vorantreiben. Enertrag gehört zu den Hauptanteilseignern des in Südnamibia geplanten Wasserstoff-Megaprojektes »Hyphen«. Der Konzern hält trotz Kritik aus der namibischen Zivilgesellschaft an dem Projekt fest und verweigert zudem direkte Gespräche mit namibischen Aktivist*innen, die im Rahmen der von Attac organisierten Speakers Tour »Grüner Wasserstoff aus Namibia – ein neues Kapitel deutscher Kolonialgeschichte?« in Deutschland zu Gast sind. Attac unterstützt die Forderung der namibischen Aktivist*innen nach einem Rückzug von Enertrag und protestierte deshalb vor der Berliner Niederlassung des Konzerns. Das »Hyphen«-Projekt trägt zweifellos neokoloniale Züge. Die Pläne bereiten der namibischen Bevölkerung sowie lokalen zivilgesellschaftlichen Kräften große Sorgen. Unter anderem soll der Hafen von Lüderitz vor der Haifischinsel massiv ausgebaut werden. An dieser Stelle errichteten Truppen während der deutschen Kolonialherrschaft das erste Konzentrationslager, in dem sie Schätzungen zufolge bis zu 4.000 Menschen der Volksgruppen Nama und Ovaherero auf brutale Weise ermordeten. Der Gedenkort ist durch die Ausbaupläne direkt bedroht. Auch bei der Entscheidung für das

Projekt und dessen Umsetzung wird die lokale Bevölkerung nicht beteiligt. Alles geschieht intransparent und ohne Risikoanalyse. Bedenken hinsichtlich weitreichender Umweltauswirkungen werden ignoriert.

7. November 2025

COP30: Rohstoffenergiehunger stoppen!

Die diesjährige Weltklimakonferenz (COP30) findet im brasilianischen Belém am Rande des Amazonas-Regenwaldes statt. Aktuell bremsen Kriege, geopolitische Spannungen und nationale Interessen den globalen Klimaschutz, während die 1,5-Grad-Grenze in immer weitere Ferne rückt. Attac solidarisiert sich mit dem »Cupula dos Povos« (Gipfel der Völker) und den Aktivist*innen bei der Weltklimakonferenz und fordert außerdem, die Wiederbelebung fossiler Energieträger und Rohstoffe zu stoppen, die weltweit angelaufene Dekarbonisierung konsequenter fortzuführen und Klimagerechtigkeit durch einen radikalen Umbau der Wirtschaft zu ermöglichen. Nur wenn dieses System zugunsten einer ressourcen- und energieschonenden Kreislaufwirtschaft überwunden wird, ist ein gutes Leben für alle möglich.

Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- Dezember: Winterpause
- Januar: Sustainable Finance
- Februar: China

Alle Informationen:

attac.de/webinare

Save the Dates

- 29. – 30. November 2025: Protest gegen die Neugründung des AfD-Jugendverbandes in Gießen

- 1. Dezember 2025: Anhörung im Petitionsausschuss der erfolgreichen »Tax the Rich«-Bundestagspetition von Attac (Übertragung im Livestream des Bundestages)
- 9. Januar 2026: »UmSteuern Kommunal: Stärkung der Kommunen und der sozialen Teilhabe«-Tagung von Attac in Köln
- 20. – 22. März 2026: »China und wir«-Konferenz von Attac an der Universität zu Köln

Weitere Informationen und genaue Termine:
attac.de/veranstaltungen

19. – 23. Januar 2026

StrikeWEF: Globale Solidarität statt Reichtum für wenige!

Attac unterstützt die Proteste gegen das Weltwirtschaftsforum 2026 in Davos und beteiligt sich am Protestmarsch von StrikeWEF für eine soziale und klimagerechte Welt. Dazu demonstrieren und wandern wir vom 17. bis 18. Januar 2026 von Küblis nach Davos, wo das WEF stattfindet. Gemeinsam mit mehreren hundert Menschen aus verschiedenen Ländern protestieren wir gegen das Weltwirtschaftsforum als Symbol für die Politik der Wenigen gegen die Vielen und setzen ein Zeichen globaler Solidarität. Aus einigen Städten in Deutschland gibt es eine organisierte Anreise zur Protestwanderung. Wer Interesse hat, mitzuwandern, kann gern Kontakt aufnehmen: thomas.eberhardtkoester@attac.de

Attac braucht Hilfe

Der Zeitpunkt ist jetzt!

Mehr als zehn Jahre nach der Aberkennung der Gemeinnützigkeit hat Attac den Rechtsstreit um Transparenz in dem Verfahren in letzter Instanz im August weitestgehend gewonnen. Damit steht endgültig fest: Das Bundesfinanzministerium muss Attac weitere Dokumente übergeben, in denen es um den »Fall Attac« geht. Doch die Freude darüber hält sich in Grenzen, denn die grundsätzliche Frage, was Gemeinnützigkeit bedeutet und ob das Engagement für Attac für eine solidarische Gesellschaft, Menschenrechte, für Steuer- und Handelsgerechtigkeit und einen sozial-ökologischen Umbau gemeinnützig ist, wartet nach wie vor seit 2021 auf Befassung vor dem Bundesverfassungsgericht. Für Attac könnte die Verhandlung zu spät kommen.

Lange haben wir es geschafft, uns trotz entzogener Gemeinnützigkeit über Wasser zu halten. Dazu kam in den letzten Jahren vermehrter Druck von rechts: Union und Springer arbeiteten Hand in Hand an einer Schmutzkampagne gegen NGOs, malten das Bild einer dunklen Schattenmacht, die von Steuergeldern genährt wird. Und obwohl sich Attac ohne jede staatliche Unterstützung finanziert, gerieten auch wir ins Visier dieser Kampagne. Das hinterlässt Spuren, nicht nur in unseren Postfächern und auf unseren Social-Media-Präsenzen. Der gesellschaftliche Diskurs verändert sich. Es wird Misstrauen gesät, dann werden Organisationen gezielt diffamiert. Autoritäre Kräfte wenden diese Strategie seit langem an, denn im für sie günstigsten Fall verlieren ihnen politisch unliebsame Organisationen damit die für sie nötige Unterstützung (siehe auch Seite 4 und 5).

Diese Entwicklung hat auch bei Attac tiefe Spuren hinterlassen – jetzt wird es eng. Schon 2024 mussten wir drei hauptamtliche Stellen in unserem kleinen Büro abbauen. 2026 drohen nun vier weitere Entlassungen. Damit hätten wir in kurzer Zeit rund ein Drittel unserer Mitarbeiter*innen verloren. Dazu stehen tiefe Einschnitte bei der Finanzierung der ehrenamtlichen Aktivitäten an. Es ist unklar, ob und wie es mit Attac unter solchen Umständen weitergehen kann. Es fehlen schlicht Menschen, die Attac regelmäßig finanziell unterstützen, auch mit geringen Beiträgen.

Daran, dass unsere Inhalte sich überlebt haben sollten, kann es nicht liegen. Wir bekamen viel



Foto: Stephanie Handtmann

öffentliche Unterstützung, als sich der Druck auf die kritische Zivilgesellschaft immer weiter erhöht hat. Das Bewusstsein dafür, dass diese Zivilgesellschaft notwendig ist, um sich autoritären Tendenzen wirksam in den Weg zu stellen, ist weit verbreitet, und damit auch der Zuspruch, den Attac für das Engagement für Demokratie bekommt. Unsere Bundestagspetition »Tax the Rich« war überaus erfolgreich; innerhalb kürzester Zeit haben wir das Quorum erreicht und am Ende weit übertroffen. Wenn nur vier Prozent der Unterzeichner*innen sich für eine kleine monatliche Unterstützung entscheiden würden, stünde Attac wieder auf sicherer finanzieller Basis. Und doch treffen diese Entscheidung am Ende leider noch zu wenige, als dass die Finanzierung von Attac gesichert wäre.

Es gibt viele denkbare Gründe, warum diese Entscheidung vielen Menschen trotz inhaltlichen Zuspruchs schwer fällt. Viele haben vielleicht grundsätzlich den Glauben daran verloren, dass sich etwas ändern kann. Bei vielen ist das Geld knapp und sie werden von Zukunftsängsten geplagt. Manchen ist vielleicht auch gar nicht bewusst, wie schwer es ist, sich ein politisches Engagement, das von Interessengruppen unabhängig ist, finanziell leisten zu können. Und vielleicht ist für viele Menschen Attac nach 25

Jahren auch zu einer solch selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Konstante geworden, dass sie aus dem Blick verlieren, dass wir stets aufs Neue um die Finanzierung unserer Aktivitäten kämpfen müssen – ohne staatliche Fördermittel und ohne Spenden von Unternehmen, die wir ablehnen.

Doch wir sind überzeugt: Attac ist vielen Menschen wichtig genug, dass wir das Ruder noch herumreißen können! Den Triumph, wenn Attac am Ende wäre, wie er sich in vielen hässlichen Hass-Kommentaren auf Social Media in den Kommentarspalten erahnen lässt, gönnen wir den Rechten nicht – und wir sind sicher: Vielen anderen Menschen geht es genauso. Wem es wichtig ist, dass Attac weiter existiert, dem und der sei an dieser Stelle gesagt: Jetzt ist der Zeitpunkt, um Attac zur Seite zu stehen. Wenn sich nur jede siebte Leserin, jeder siebte Leser dieses Rundbriefs jetzt entscheidet, uns regelmäßig zu unterstützen, können wir mit unverminderter Kraft weitermachen – für Menschenrechte, Demokratie, sozial-ökologischen Umbau, gerechten Welthandel, soziale Gerechtigkeit und vieles mehr!

Jule Axmann ist Öffentlichkeitsreferentin im Attac-Bundesbüro.

Konferenz an der Universität zu Köln, 20. – 22. März 2026

China und wir – Perspektiven für Frieden, Menschenrechte und sozial-ökologischen Wandel



Die Einschätzungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Volksrepublik China gehen weit auseinander: Für die einen handelt es sich um ein autoritäres staatskapitalistisches Regime, für andere um eine entstehende sozialistische Gesellschaft. Manche sehen eine Dominanz patriarchaler Strukturen, andere eine Gesellschaft auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Die einen heben Menschenrechtsverletzungen

hervor, die anderen Fortschritte bei der Armutsbekämpfung.

Ebenso ist kontrovers, ob Chinas Entwicklung fortwährend das globale ökologische Desaster verschärft oder ob das Land Vorreiter bei dessen Eindämmung ist. Auch die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung sind umstritten. Die einen kritisieren die von der EU und der US-Regierung verhängten Zölle gegen China, andere sehen darin nur eine Übernahme von Politiken, die die chinesische Regierung vorexerziert hat. Verweisen die einen auf die militärische Einkreisung Chinas, so betonen die anderen die Aufrüstung der Volksrepublik und ihr aggressives Vorgehen gegenüber Nachbarn im südchinesischen Meer. Ebenso ist strittig, ob die Staaten des »Globalen Südens« durch den Aufstieg Chinas erweiterte Handlungsspielräume gewinnen oder ob sich in ihrem Verhältnis zur Volksrepublik einfach die bekannten Muster der Abhängigkeit wiederholen, die auch gegenüber den alten kapitalistischen Zentren bestehen. Diese kontroversen Einschätzungen sollen bei der Konferenz diskutiert werden.

Dabei gilt es auch, mehr über dieses riesige und vielfältige Land zu lernen – und über uns

selbst. Denn China ist nicht einfach irgendwo in der Ferne; wir konsumieren täglich in China hergestellte Produkte, sind Teil derselben globalen Produktionsnetzwerke und viele Chines*innen leben unter uns. Letzte erfahren oft Rassismus, der nicht zuletzt aus einem negativen China-Bild in Europa gespeist wird. Es gilt auch, mit ihnen zu sprechen und gemeinsam Perspektiven für die Lösung der globalen Probleme zu entwickeln.

Veranstalter der Konferenz sind der Lehrstuhl für Moderne China-Studien am Ostasiatischen Seminar und das Global South Studies Center (GSSC) an der Universität zu Köln in Kooperation mit Attac Deutschland, BiKoop e.V., Brot für die Welt, dem Forum Arbeitswelten e.V., dem Kritischen Chinaforum in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, dem Arbeitsbereich Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem Lehrstuhl für Entwicklungspolitik an der Universität Passau. Unterstützt wird die Konferenz von der Heinrich Böll Stiftung.

Mehr: attac.de/china-konferenz

Attac und Social Media

Für eine Organisation wie Attac ist die Nutzung von Social-Media-Plattformen häufig ein zweischneidiges Schwert. Einige Plattformen bedienen Geschäftsmodelle, die abzulehnen sind, und/oder generieren Gewinne für Konzerne und Einzelpersonen, deren politische Agenda den Zielen der Organisation entgegensteht. Gleichzeitig ist klar: Wenn man Menschen erreichen will, muss man dorthin gehen, wo sie sind – und das sind im Netz Social-Media-Plattformen. An ihnen führt kein Weg mehr vorbei. Attac hält deshalb zum einen ein Angebot für Menschen bereit, die sich bereits auf diesen Plattformen befinden, bedient zum anderen aber auch Plattformen, die eine Alternative zu Geschäftsmodellen wie Meta bieten und Menschen ermutigen, diese zu nutzen. Von X (früher Twitter) haben wir uns aus politischen Gründen vollständig verabschiedet.

Wer mit Attac auch auf Social Media in Kontakt sein möchte, findet unsere Kanäle hier:



Instagram
@attac_de



Mastodon
bewegung.social/@Attac



Bluesky
[@attacdeutschland.bsky.social](https://attacdeutschland.bsky.social)



YouTube
youtube.com/attacD



Facebook
facebook.com/attacD

Die Kanäle von Junges Attac finden sich auf Instagram unter [@junges.attac](https://www.instagram.com/junges.attac) auf Mastodon unter todon.eu/@junges_attac

Menschen in Attac

Freibäder für alle statt Swimmingpools!

Uta Lentföhr-Rathjen (68) lebt in Neumünster. Sie ist Mitglied im Attac-Rat, und unter anderem aktiv in der Kampagnengruppe »Tax the Rich«. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, was sie politisch antreibt, und über welche Wege sie zu Attac gekommen ist.

Uta, wie fühlst du dich inzwischen in deiner Rolle als Attac-Ratsmitglied?

Ich bin immer noch dabei, mich etwas einzugrooven. Es braucht doch seine Zeit, um einzuordnen, wer wo dazugehört, wie die Strukturen miteinander zusammenhängen, all das. Aber meine anfängliche Scheu habe ich verloren. Ich versuche da inzwischen auch schon meinen Wind einzubringen, meine Ideen und Vorschläge. Für mich ist diese Zeit bei Attac ja jetzt wie ein weiteres meiner verschiedenen – politischen wie privaten – Leben, die ich bislang geführt habe, das finde ich spannend.

Was meinst du mit diesen verschiedenen Leben?

Aufgewachsen bin ich mit zwei Diskriminierungserfahrungen, natürlich noch ohne das damals wirklich zu begreifen. Zum einen habe ich erlebt, dass ich als Mädchen einem jüngeren Bruder gegenüber benachteiligt wurde, und konnte auch bei meiner Mutter sehen, dass sie nicht dasselbe Leben führen konnte wie Männer. Zum anderen war mein Vater Arbeiter, und als ich später zur höheren Schule gegangen bin, mit Ärztekindern und anderen, habe ich schon gespürt, dass ich aus einer anderen Klasse komme. Das verunsichert mich auch heute noch manchmal. In diesem allerersten Leben ist vielleicht der Grundstein für meine Politisierung gelegt worden. Dann kam mein politisches Leben als Gründungsmitglied der Grünen. Vorher, noch zu Schulzeiten, war ich natürlich auch in Brokdorf, und ich habe die Aufbruchstimmung damals miterlebt. Da waren die Grünen schon sehr anders im Vergleich zu heute. Wir haben viel Gemeinschaft gelebt, wir wollten wirklich ein anderes Leben. Es war eine tolle Zeit in meinen Zwanzigern.

Doch dann fing für mich wieder ein anderes Leben an; ich habe kurz hintereinander drei Kinder bekommen. Obwohl ich eigentlich Feministin war, fand ich mich in einer für Frauen typischen Situation im Patriarchat wieder: Ich habe meine beruflichen Wünsche hinter die Anforderungen des Familienlebens gestellt, denn letztlich habe eben doch ich den Haupt-



Foto: Privat

teil der Sorgearbeit übernommen. Ich habe dennoch halbtags gearbeitet, als Krankenschwester und Heilpraktikerin, aber es war sehr anstrengend. Damals habe ich das viel mehr als persönliches Problem wahrgenommen, ich war froh, wenn ich Arbeit und Kinder auf die Reihe gekriegt habe. Heute sehe ich das alles viel mehr als strukturelles Problem, dass Sorgearbeit eben ganz anders organisiert werden muss. Auf Politik habe ich verzichtet, was ich heute sehr bedaure.

Nach dieser Zeit kam wieder ein Leben mit mehr politischem Engagement. Bei Attac bin ich letztlich gelandet, weil ich mich schon immer für wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge interessiert habe.

Wo liegen jetzt deine inhaltlichen Schwerpunkte?

Die ökologische Krise zu lösen, eine sozial-ökonomische Transformation hinzukriegen, das steht natürlich im Vordergrund, denn ohne einen intakten Planeten gibt es keine Zukunft für die Menschheit. Wichtig für mich: Wie können wir Einfluss nehmen auf die Denk- und Handlungsweisen der Menschen, damit an den nötigen politischen Stellschrauben gedreht werden kann? Das hat für mich Priorität, dass wir die Breite der Bevölkerung dazu bewegen, mehr Druck auf die Politik auszuüben.

Ich bin froh, dass die Tax-the-Rich-Kampagne so erfolgreich verlaufen ist, und ich habe mich auch dafür eingesetzt, dass wir sie im kommenden Jahr weiterführen. Schließlich bleibt das Problem bestehen: Global gesehen gibt es zwischen den Menschen riesengroße Ungleich-

heiten. Natürlich muss das Fernziel eine weltweite Umverteilung sein. Aber als politisch handhabbaren Ansatz finde ich es richtig, dass wir im ersten Schritt versuchen, hier in Deutschland die Ungleichheit zu verringern. Dabei finde ich vor allem den Demokratie-Aspekt wichtig: Menschen mit wahnsinnig viel Geld haben die Macht, durch kulturelle Hegemonie alles zu beeinflussen, während Menschen, die arm sind, ausgeschlossen werden von Mitbestimmung und Teilhabe. Wir brauchen eine Rückverteilung von gesellschaftlich erarbeitetem Reichtum, weniger Ungleichheit und mehr Solidarität und gesellschaftlichen Gemeinsinn. Die reichen Nationen müssen ihre imperiale Lebensweise ablegen, und dem kann hoffentlich eine sozial gerechte Klimawende, die alle mitgehen können, folgen.

Wie würdest du dir denn eine wirksame Umverteilung vorstellen?

Früher habe ich mich für das bedingungslose Grundeinkommen engagiert, aber inzwischen gefällt mir die Idee des öffentlichen Luxus besser. Wenn Überreiche sich angemessen an den gesellschaftlichen Kosten beteiligen würden, wäre eine Infrastruktur möglich, die alle kostenlos nutzen können und die menschlichen Bedürfnisse wie die nach Bildung, Mobilität, Gesundheit oder Kultur befriedigt. Deshalb bringe ich mich in der Vorbereitung der Sommerakademie im kommenden Jahr auch zum Thema des Öffentlichen ein, weil mir eine Infrastruktur Profitorientierung zum Beispiel durch Vergesellschaftung wichtig ist. Freibäder für alle statt Swimmingpools für wenige!

Attac-Basistext 64

Das nachhaltige Finanzsystem?

In Zeiten vermeintlich knapper öffentlicher Kassen soll die ökologische Wende durch Sustainable Finance finanziert werden: Privates Finanzkapital, das durch »intelligente Rahmensetzung« für ökologische Projekte mobilisiert wird. Entsprechende Initiativen sollen durch Transparenz grüne Wirtschaftszweige attraktiver machen, damit Anleger*innen freiwillig nachhaltig investieren. Ein neues Risikomanagement soll zudem Verluste durch Klimarisiken vermeiden. Die Ergebnisse bleiben allerdings weit hinter den Erwartungen zurück. Es fließen weiter mehr Gelder in fossile als in nachhaltige Anlagen.

Die Autor*innen diskutieren darüber

- was Sustainable Finance bedeutet und welche politischen Projekte damit verbunden sind
- wie nachhaltige Investitionen in Unternehmen entstehen
- welche Unternehmen und Anleger*innen beteiligt sind und welchen Einfluss sie nehmen können
- welche Rolle der Staat spielt und was Förderbanken und Industriepolitik bewirken
- welchen Einfluss Zentralbanken in der Geldpolitik ausüben und welche Möglichkeiten sie haben
- und vor allem wie das Finanz- und Wirtschaftssystem so umgestaltet werden kann,



dass Konstruktionsfehler von Sustainable Finance-Strategien behoben werden.

Ein nachhaltiges Finanzsystem sollte nicht nur grüne Investitionen fördern, sondern vor allem fossile verhindern. Damit ginge einher, Kapital stärker im öffentlichen Interesse zu lenken und dafür bislang tabuisierte Politik einzusetzen. Die Autor*innen zeigen daher Möglichkeiten einer ökosozialen und demokratischen Geld- und Finanzpolitik auf.

Silke Ötsch / Paula Haufe / Daniel Mertens / Simon Schairer / Janina Urban / Maike Wilhelm:

Das nachhaltige Finanzsystem? Sustainable Finance zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Attac-Basistext 64, 96 Seiten, 8,50 Euro

Der Attac-Basistext kann im Attac-Shop bestellt werden: online unter attac.de/shop oder telefonisch unter 069-900 281-10. Im Shop findet sich für diesen Basistext auf Wunsch der Autor*innen und mit freundlichem Einverständnis des Verlags auch ein Link zum Gratisdownload; wir freuen uns natürlich über eine Spende, wenn er genutzt wird.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

3000 Held*innen für Attac gesucht!

Die Welt wird autoritärer, Ansätze zu mehr Gerechtigkeit sind auf dem Rückzug, und der Hass gegen Schutzbedürftige breitet sich aus. Und: Gerade jetzt steckt Attac in ernsten finanziellen Schwierigkeiten (siehe Seite 8). Bislang ist es uns gelungen, die bisherigen Einschnitte zum größten Teil aufzufangen, doch das hat leider nicht gereicht. Fakt ist: Wir brauchen dringend 3000 Menschen, denen der Fortbestand von Attac wichtig genug ist, dass sie Attac dauerhaft unterstützen.

Gegen Autoritarismus, gegen Hass und Hetze, gegen soziale Ungleichheit gibt es eine Waffe. Sie heißt Solidarität, und sie manifestiert sich in einer starken Zivilgesellschaft. Im Kampf dafür steht Attac in der ersten Reihe. Als uns die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, wurde mit

diesem Fall die Blaupause für viele folgende Verfahren geschaffen, die kritische Stimmen zum Verstummen bringen sollten. Den juristischen Weg haben wir stets weiter beschritten und warten nach vor darauf, dass unser Fall vorm Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. Dabei geht es nicht nur um den »Fall Attac«. Wenn Attac unter diesem Druck zusammenbrechen sollte, wird das den Bestrebungen, kritische Stimmen zu unterbinden, neuen Auftrieb geben. Attac wird dann erst der Anfang gewesen sein.

Das muss nicht passieren! Wenn sich 3000 Menschen – jede*r siebte Leser*in dieses Rundbriefs – entscheiden, Attac mit einer Dauerspende von nur zehn Euro monatlich zu unterstützen, kann unsere Arbeit weitergehen. Das sollte doch zu

schaffen sein, schließlich wissen wir, wie vielen Menschen unsere Arbeit wichtig ist!

Dauerspendsen geben nachhaltig Planungssicherheit; unter attac.de/3000-heldinnen lassen sie sich mit wenigen Klicks einrichten. Und wer Freundinnen und Freunde hat, denen Attac am Herzen liegt, sagt das gern weiter – herzlichen Dank!



Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter:
attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2504

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE